

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

VOLLZUGS-DIENST



Lesen Sie im Fachteil dieser Ausgabe:

Machbarkeitsstudie zur Entwicklung eines vollzugsspezifischen Kommunikationscontrollings



WAHLAUFRUF

PERSONALRATS

2010 WAHL

27. + 28. APRIL 2010

Wahl zum Hauptpersonalrat beim Justizministerium und Wahlen der örtlichen Personalräte



GEORG KONRATH stellv. Landesvorsitzender Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Justizministerium

UNSERE
KANDIDATEN
AUS DEM BSBD
LANDESVORSTAND



ALEXANDER SCHMID stelly Landesvorsitzender

Ihre Stimmen für die Kandidatinnen und Kandidaten der führenden Fachgewerkschaft im Justizvollzug

Arbeitnehmer:



WOLFGANG NEUREUTHER

45 Jahre, verh. 2 Kinder, Industriemeister Elektrotechnik, Fachkraft für Arbeitssicherheit (FaSi), Hauptwerkmeister bei der JVA Heilbronn, Betriebsleiter Elektrobetrieb, Mitglied im örtlichen Personalrat, Fachgruppensprecher der Arbeitsgruppe Technischer Dienst / Werkdienst im LHV des BSBD.



HANS KARL

57 Jahre, verh., 2 Kinder, Rechtspfleger bei der JVA Stuttgart, Ersatzmitglied im HPR beim Justizministerium, Vorsitzender Ortsverband Stuttgart, Fachgruppenvertreter des gehobenen Verwaltungsdienstes im LHV des BSBD, Beamtenbeisitzer beim Verwaltungsgericht Stuttgart.



PETRA FIMMLER

42 Jahre, Verwaltungsangestellte bei der JVA Heimsheim, Vertreterin der Beschäftigten im örtlichen und Gesamtpersonalrat der JVA Heimsheim, Fachgruppenvertreterin Tarifbeschäftigte BSBD, Ersatzmitglied im HPR



MARITA SELCHOW

61 Jahre, verh., 2 Kinder, Verwaltungsangestellte, Sekretärin bei der Justizvollzugsanstallt Heilbronn, Ersatzmitglied im Hauptpersnalrat beim Jusitzministerium BW seit 2001.



MARTINA SCHMID

51 Jahre, verh., 1 Kind, Amtsinspektorin an der Justizvollzugsschule BaWü, Bereichsleiterin Fortbildung, Lehrkraft, Beauftragte für Chancengleichheit, im Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) zuständig für die Mitgliederverwaltung.



VOLKER KERSTING

54 Jahre, Amtsrat, Geschäftsführender Sozialarbeiter JVA Offenburg, ehem. Personalratsvorsitzender, Vorsitzender des Ortsverbandes des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD).



MARION VOGT

49 Jahre, verh., 2 Kinder, Köchin bei der Sozialtherapeutischen Anstalt Baden-Württemberg / Außenstelle Crailsheim, Ersatzmitglied im Hauptpersonalrat beim Justizministerium seit 2001.



MARITA TISLJAR

52 Jahre, verh., 2 Kinder, Amtsinspektorin, stellv. Vollzugsdienstleiterin bei der JVA Schwäbisch Gmünd, Vorsitzende der Arbeitsgruppe und Fachgruppenvertreterin im Landeshauptvorstand "Weibliche Bedienstete" im Justizvollzug, Mitglied der Arbeitsgruppe AVD im Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD).



MICHAEL OTTO

43 Jahre, verh., 2 Kinder, Amtsinspektor bei der JVA Ravensburg, Mitglied im örtlichen Personalrat, Leiter Freigängerhaus.



KLAUS FRANK

47 Jahre, Amtsinspektor bei der JVA Mannheim, Ersatzmitglied im HPR beim Justizministerium, Mitglied im örtlichen Personalrat, Vorsitzender des Ortsverbandes und Sprecher der Fachgruppe mittlerer Verwaltungsdienst im BSBD.



STEFAN DRACZKOWSKI

44 Jahre, Verwaltungsangestellter bei der JVA Rottenburg/Neckar, Landesfachgruppenvertreter Tarifbereich im Landeshauptvorstand des BSBD Baden-Württemberg, Mitglied der BSBD-Arbeitsgemeinschaft Justizvollzug 21, Mitglied im örtlichen Personaltat



LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

am Dienstag, 27. April 2010 und am Mittwoch, 28. April 2010 finden die Personalratswahlen im Bereich der Justiz und des Justizvollzuges statt.

An erster Stelle danken wir allen Vertretern und Vertreterinnen des BSBD in den Personalräten für ihre engagierte, sachliche und faire Arbeit in den vergangenen 4 1/2 Jahren!

Auch von unseren neuen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für den BSBD zur Wahl stellen, können wir wieder auf allen Ebenen eine praxisorientierte Arbeit für die Belange der Beschäftigten erwarten! Personalratsarbeit ist kein Selbstzweck, sie hat sich an der Sache zu orientieren. So hat der BSBD die Arbeit im Personalrat immer verstanden und so ist sie von unseren Personalräten immer erledigt worden!

Gerade in stürmischen Zeiten des Umbruchs auf vielen Gebieten des öffentlichen Dienstes, wie zum Beispiel der Teilprivatisierung in der JVA Offenburg und bei der anstehenden Umsetzung der Dienstrechtsreform, brauchen wir unbedingt starke Interessenvertretungen.

Sie stellen die Weichen für eine fachkompetente, starke und wirkungsvolle Vertretung Ihrer beruflichen Belange.

IHRE STIMMEN FÜR DEN BSBD SIND STIMMEN FÜR DEN JUSTIZVOLLZUG!

Mit der Kompetenz und der Durchsetzungsfähigkeit der "Gewerkschaft Strafvollzug" im Rücken, haben die BSBD-Frauen und -Männer in den örtlichen Personalräten und im Hauptpersonalrat die erforderliche Kraft und das notwendige Netzwerk, sich wirksam für Sie, Ihre beruflichen und sozialen Interessen einzusetzen.

Hierfür steht der BSBD mit seinen Kandidatinnen und Kandidaten, und dafür steht der Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Justizministerium Baden-Württemberg und stellv. BSBD Landesvorsitzende Georg Konrath.

SIE HABEN ES IN DER HAND!

Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Wer nicht wählt, schadet den gemeinsamen Interessen aller Beschäftigten im Justizvollzug. Bitte denken Sie daran, dass Sie Ihr Votum auch schon vorher durch Briefwahl abgeben können!

Wählen Sie am 27. und 28. April 2010 in Ihrem Interesse die Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Strafvollzug auf der Liste Nr.: 1 "Arbeitsgemeinschaft Justiz"!

Unsere Forderungen:

- Weiterhin Ablehnung von Privatisierungen in Kernbereichen des Justizvollzugs, ein ehrlicher Vergleich ohne geschönte Ergebnisse sind Voraussetzung für die in wenigen Jahren vorgesehene Entscheidung über die Fortführung der Privatisierung im Justizvollzug.
- Frühzeitige Beteiligung der Personalvertretungen bei allen wichtigen Entscheidungen
- ◆ Abbau von uns belastender, unnötiger Bürokratie
- Weiterhin keine Stellenstreichungen im Justizvollzug
- Durchlässigkeit der Laufbahnen, Aufstiegsmöglichkeiten im AVD, Werkdienst und dem mittleren Verwaltungsdienst in den gehobenen und höheren Dienst (wie bei der Polizei)
- Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten in gerechteren Systemen für alle Bereiche!
- Weitere Verbesserungen für die Beschäftigten im Verwaltungsdienst
- Hände weg von der Privatisierung der Sozialarbeiter im Strafvollzug!
- Modifizierte sozialverträgliche Fortführung des Bauprogramms 2015,
- ◆ Weiterführung der Modernisierung des Justizvollzuges

Unsere Forderungen durchzusetzen wird sicherlich nicht einfach sein. Es bedarf einer gründlichen und hartnäckigen Bearbeitung der Probleme und wir brauchen "Stehvermögen". Die Vergangenheit hat aber bewiesen, dass der BSBD dazu immer in der Lage war. Dies gilt gerade auch für die Personalratsarbeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Schulterschluss verbunden mit Ihnen, können wir die vor uns liegenden Aufgaben kraftvoll angehen.

WÄHLEN SIE

am 27. und 28. April 2010 die

Kandidatinnen und Kandidaten

Kandidatinnen und Kandidaten

auf der Liste Nr. 1 "Arbeitsgemeinschaft – Justiz"



- "Wir im Vollzug" Zukunft mitgestalten!

27. + 28. APRIL 2010 - LISTE NR. 1

PRAKTISCHE TIPPS ZUR WAHL

BEAMTE:

- Sie haben 7 Stimmen,
- pro Kandidaten können sie bis zu 3 Stimmen vergeben

BESCHÄFTIGTE:

- ◆ Sie haben 4 Stimmen,
- ♦ pro Kandidaten können sie bis zu 3 Stimmen vergeben

Das kann der Personalrat für Sie tun:

DER PERSONALRAT IST BEISPIELSWEISE IHR ANWALT BEI:

- Einstellung und Anstellung
- Verbeamtung, Verlängerung von Arbeitsverträgen
- Beförderung und Höhergruppierung
- Entlassung und Kündigung
- Versetzung und Abordnung
- ◆ Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung
- Disziplinarmaßnahmen und Schadensersatzverfahren
- ◆ Arbeitszeit- und Dienstplan
- ◆ Einführung neuer Arbeitsmethoden und neuer Technologien
- ◆ Aus- und Fort- und Weiterbildung
- Abschluss von Dienstvereinbarungen
- es sorgt dafür, dass u.a. Gesetze und Tarifverträge zugunsten der Beschäftigten eingehalten werden!

BEDEUTUNG DES HAUPTPERSONALRATS BEIM JUSTIZMINISTERIUM BADEN WÜRTTEMBERG:

Wichtige Personalentscheidungen und grundsätzliche Regelungen für den Justizvollzug werden vom Justizministerium getroffen, deshalb ist der Hauptpersonalrat beim Justizministerium Baden Württemberg für jeden Bediensteten von zentraler Bedeutung!

Der Hauptpersonalrat beim Justizministerium Baden Württemberg vertritt die über 17.000 Beschäftigten der gesamten Justiz in Baden-Württemberg. Mit 3.500 Beschäftigten hat der Justizvollzug nur eine Chance wenn wir zusammenstehen.

Die Interessen aller Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug wurden seit Jahren im Hauptpersonalrat ausschließlich vom BSBD wahrgenommen. Wir haben das Glück, dass der BSBD die Kraft und das richtige Personal hat, um derzeit mit dem Kollegen Georg Konrath den Vorsitzenden des Hauptpersonalrats zu stellen. Und das obwohl dieser im Augenblick der einzige Vertreter des Justizvollzugs ist. Die restlichen zehn Mitglieder des Gremiums wurden aus den anderen Bereichen der Justiz entsandt. Wir wollen, dass der Justizvollzug auch im künftigen Hauptpersonalrat an führender Stelle vertreten wird.

Dies ist aber nur dann möglich, wenn Sie die Kandidatinnen und Kandidaten des Justizvollzuges auf der Liste der "Arbeitsgemeinschaft Justiz" tatkräftig durch Ihre Stimmen unterstützen und keine Stimme an andere Listen verschenken.



Personalkostenbudgetierung (PKB) und Erfahrungen in der Justizvollzugsanstalt Offenburg

BBW-Chef Volker Stich und der Amtschef des JM Ministerialdirektor Steindorfner erörtern die zentralen Fragen

ie Personalkostenbudgetierung (PKB) und die Erfahrungen in der Justizvollzugsanstalt Offenburg waren die zentralen Themen eines Gesprächs, zu dem Ministerialdirektor Steindorfner und Spitzenvertreter des BBW am 15. März 2010 im Justizministerium zusammengetroffen sind. Hierbei machte Ministerialdirektor Steindorfner unmissverständlich deutlich, dass das Modell der Personalkostenbudgetierung aus seiner Sicht das einzige richtige Modell sei, da es im Gegensatz zu der im Bereich des Finanzministeriums pilotierten Personalausgabenbudgetierung sich nicht auf konkrete Personalausgaben stütze, sondern auf Durchschnittskostensätzen und Personalkostenpauschalen basiere, in denen z.B. Lebensalter und Kinderzahl von Beschäftigten keine Rolle spielten.

Er warb für die Vorteile der Personalkostenbudgetierung, bei der vorhandene Software genutzt werden könne und das Verfahren frei von falschen Anreizen gehalten werden könne. Ziel der Personalkostenbudgetierung sei es, auf Dauer einen effektiven Personaleinsatz sicher zu stellen und durch Organisationsänderungen und Umstrukturierungen Einsparungen zu erzielen, die anderweitig eingesetzt werden können. Letztlich müsse sich das Land nach der Evaluation für ein Modell entscheiden.

Was die Erfahrungen in der Justizvollzugsanstalt Offenburg anbelangt, bezeichnete Ministerialdirektor Steindorfner diese aus seiner Sicht als gut. Hinter dem Modell der Teilprivatisierung stecke das Ziel, durch eine teilweise Privatisierung in Bereichen, in denen nicht zwingend hoheitlich gehandelt werden müsse, eine übermäßige Belastung des Landespersonals zu vermeiden. Positiv sei die psychologische Betreuung und die Betreuung durch Sozialarbeiter, in die schon bisher externer Sachverstand einbezogen worden sei.



Die Gesprächsteilnehmer im Justizministerium von links nach rechts: Ministerialdirigent Ellenberger, Leiter der Abteilung I, Ministerialdirigent Futter, Leiter der Abteilung IV Strafvollzug, Ministerialdirektor Steindorfner (Justizministerium), Justitiarin und BBW-Geschäftsführerin Susanne Hauth, Thomas Eigenthaler, stv. BBW-Vorsitzender, BBW-Vorsitzender Volker Stich, Ernst Steinbach, BSBD-Landesvorsitzender.

Bezüglich des vollzuglichen Arbeitswesens (VAW) sei derzeit auch die gesamtwirtschaftliche Lage zu berücksichtigen. BBW-Vorsitzender Volker Stich machte deutlich, dass die hoheitlichen Aufgaben im Strafvollzug Beamtinnen und Beamten vorbehalten bleiben müssen und warnte

davor, dies im Grenzbereich mit Beschäftigten des privaten Unternehmens aufzuweichen. Ministerialdirektor Steindorfner versicherte, das Justizministerium gehe damit sehr risikobewusst um, da es keinen sensibleren Bereich als den Strafvollzug gebe.

Anmerkungen des Landesvors<u>tands zum Gespräch</u> mit Herrn Ministerialdirektor Michael Steindorfner am 15. März 2010

Landesvorsitzender Steinbach: "Problembeladene Entwicklungen"

Wegen des bereits überschrittenen Redaktionsschluss' nach o.g. Gesprächstermin sind hier nur noch einige Anmerkungen möglich. Der BSBD-Landesvorstand wird aber - wie bisher - die weitere Entwicklung der Teilprivatisierung in der JVA Offenburg sehr aufmerksam und kritisch verfolgen.

Voraussichtlich wird in der nächsten Ausgabe des VOLLZUGSDIENST wieder mal ein längerer Beitrag zu dieser nicht enden wollenden Problematik erscheinen.

Bei dem am 15.03.2010 geführten Gespräch mit Ministerialdirektor Steindorfner und Ministerialdirigent Futter wurden auch die sensiblen Vollzugsbereiche

- Gefangenenarbeit,
- Ausbildung der privat Beschäftigten

Fluktuation bei den privaten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizdienstleistungsfirma KÖTTER

thematisiert. Neben dem BBW-Landesvorsitzenden und Kollegen Volker Stich trug insbesondere der BSBD-Landesvorsitzende Ernst Steinbach sehr problembeladene Entwicklungen vor, die ihm durch authentische Berichte sowie durch eigene Anschauung bekannt geworden sind, und die mit der Sichtweise des Justizministeriums nur teilweise oder nicht in Einklang gebracht werden können.

Die Arbeitssituation für Gefangene ist derzeit im gesamten baden-württembergischen Justizvollzug nicht gerade rosig. Das ist - wie auch von Seiten des Justizministeriums eingeräumt wird - der gesamtgesellschaftlichen Lage geschuldet, die die Beschaffung von Arbeit externer Unternehmen außerordentlich erschwert. In der neuen JVA Offenburg sieht es aber besonders düster aus und führt für die Gefangenen zu einem sehr unbefriedigenden Zustand. Denn der Bau von Vogelhäuschen, das Aussägen von Herzchen oder Kartenspielen zum Zeitvertreib kann wohl

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2, 35-jährige Beratungskompetenz Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter

Bei Umschuldung Raten bis 50% reduzieren

www.ak-finanz.de *

kaum als sinnvolle und wirtschaftlich ergiebige Arbeit bezeichnet werden. Um aber an den vertraglich festgelegten Prozentanteil von Gefangenen in Arbeit heranzukommen, muss die Fa. KÖTTER Gefangene eben in den von ihr geführten Betrieben einsetzen - einerlei, wie die Arbeit aussieht

Auf längere Frist ist damit sicher kein Gewinn zu machen, worauf jedoch ein Privatunternehmer zwingend und existenziell angewiesen ist. Besondere Schwierigkeiten gab es mit einem von der Fa. KÖTTER herangezogenen Subunternehmer für die Anstaltsküche, wodurch der WKD mehrfach auf den Plan gerufen wurde und nunmehr durch einen veritablen Küchenbeamten aus einer anderen JVA Abhilfe geschaffen werden muss.

Ausbildung und Fluktuation bei den privaten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hängen zusammen und stellen sich aus Sicht des BSBD als hochproblematisch dar.

Wie dem Landesvorsitzenden bekannt wurde, kann wegen des häufigen Wechsels bei den privat Beschäftigten eine, auch nur kurze Ausbildung - "Schnellbleiche" kaum noch oder gar nicht mehr stattfin-

Zur Zeit würden die privaten Bewerber "direkt von der Straße weg" in die JVA Offenburg geholt und die Ausbildung würde nach dem Prinzip "learning by doing" unmittelbar "am Gefangenen" erfolgen. Es ist zu hoffen, dass die Verantwortlichen sich des diesbezüglichen Sicherheitsrisikos voll bewusst sind!

Folgeschulungen können nicht mehr finanziert werden

Außerdem ist offenbar zwischen Justizministerium und privatem Dienstleister nicht völlig geklärt, wer die Kosten für die Ausbildung zu tragen hat. Während die Erstschulungen von der Justizverwaltung übernommen worden sind, können nunmehr die Folgeschulungen nicht mehr finanziert werden. Da hierzu auch der private Dienstleister nicht verpflichtet werden kann, geschieht ausbildungsmäßig halt gar nichts, es würde aber an einem Konzept gearbeitet.

Aus Sicht des Justizministeriums ist die Fluktuationsproblematik auch keineswegs überzubewerten.

Das private Unternehmen KÖTTER habe nämlich anfangs für die JVA Offenburg in "Überquote", also über das vereinbarte Personalsoll deutlich hinaus Bewerber eingestellt, um so eine sichere Auswahl für geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben, während man sich von den ungeeigneten dann besser trennen konn-

Durch diese "Überquote" werde sonach die Fluktuation teilweise aufgefangen. Eine solche Personalpolitik des freiwilligen "Übersolls" bei einem Privatunternehmer war dem **BSBD** bisher völlig fremd, so dass man diese Aussage erst mal wirken lassen musste und sie sich eigentlich auch für den landeseigenen staatlichen Vollzug wünschen möchte: nämlich mehr Personal einzustellen als zunächst gebraucht wird. Hierzu böte sich nach den üblichen Politikgepflogenheiten auch an, sich von der Privatfirma zur Finanzierbarkeit eines solchen überbordenden Personalmodells beraten zu lassen!

- Anzeige -

Debeka setzt neue Maßstäbe bei der Kundenzufriedenheit

Krankenversicherer und Bausparkasse erneut Testsieger im Kundenmonitor 2009

Mit Top-Bewertungen kann die Koblenzer Debeka im jüngst erschienenen Kundenmonitor 2009 aufwarten. Aus der jährlich durchgeführten Verbraucherumfrage der Servicebarometer AG sind die Debeka Krankenversicherung und die Debeka Bausparkasse erneut als Testsieger in ihren Branchen hervorgegangen. Beide Gesellschaften haben damit die zufriedensten Kunden.

Anhand einer Skala von 1 ("vollkommen zufrieden") bis 5 ("unzufrieden") konnten fast 30.000 Verbraucher ihre Anbieter in den verschiedensten Branchen beurteilen. Im Bereich der Globalzufriedenheit erreichte die Debeka Krankenversicherung die "Note" 1,87 und die Bausparkasse eine 1,95. Das sind nicht nur die mit Abstand besten Ergebnisse in beiden Branchen, sondern auch nochmalige Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr. Auffallend ist vor allem der hohe Anteil überzeugter Debeka-Kunden im Vergleich zum Wettbewerb. So sind 49,1 Prozent der deutschen Bausparer von ihrer Bausparkasse überzeugt ("vollkommen" bzw. "sehr zufrieden"), der entsprechende Wert bei den Debeka-Bausparern liegt bei 74,8 Prozent.

Zu den Gründen für die überdurchschnittlichen Kundenbewertungen erklärt Uwe Laue, der Vorstandsvorsitzende der Debeka Versicherungen: "Wir konzentrieren uns seit Jahrzehnten auf das Wesentliche, nämlich unsere Mitglieder und Kunden mit bestmöglichen Produkten und überzeugendem Service zufrieden zu stellen. Diese klare Ausrichtung und deren konsequente Befolgung führen zwangsläufig zu den Ergebnissen, die wir seit Jahren im Bereich der Kundenzufriedenheit erzielen. Und diese Ergebnisse sind weiterhin Ansporn, die Philosophie des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit zu leben und noch mehr für unsere Mitglieder und Kunden zu tun."



Die Debeka hat die zufriedensten Kunden

... und das bereits

seit Jahren in Folge!

erfahren, sicher, günstig.

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicheruna

Debeka-Hauptverwaltung Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18 56058 Koblenz Telefon (02 61) 4 98 - 0 www.debeka.de

Debeka

Sachstand zur

Umstellung der Uniform "von Grün auf Blau"

Im Folgenden soll über den derzeitigen Sachstand bei der Umstellung der Uniform im Justizvollzug Baden-Württemberg "von Grün auf Blau" informiert wer-

Zu dieser von der Landesregierung beschlossenen Maßnahme ist bei der Abteilung Justizvollzug im Justizministerium eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Da der **BSBD** Baden-Württemberg durch die Kollegin Marita Tisljar sowie die Kollegen Georg Konrath und Alexander **Schmid** in dieser Arbeitsgruppe vertreten ist, kann aus erster Hand über den derzeitigen Sachstand berichtet werden.

Am 15.09.2009 fand die erste und bisher einzige Sitzung der durch das JuM unter Leitung von Herrn Dr. Hub einberufenen Arbeitsgruppe "Blaue Uniform" statt.

Im Rahmen dieser Sitzung war es den Teilnehmern möglich, sich anhand der durch das LZBW vorgestellten Musterkollektion "Blau" der Polizei ein ungefähres Bild von der Qualität der zu erwartenden neuen Uniform zu machen. Dieser erste Eindruck war überwiegend positiv. Ich persönlich denke, wir werden hier eine Verbesserung in Art und Qualität gegenüber der "alten Uniform" zu erwarten haben.

In den darauffolgenden Wochen wurde dann auf der Ministeriumsebene zwischen JuM und IM über Uniformdetails verhandelt (welches Logo kann die Justiz nutzen, welche Farbe können evtl. die Biesen der Uniform haben usw.).

Da es hier aber zu Abstimmungsproblemen gekommen ist und teilweise noch immer keine Einigung erzielt werden konnte, wurde durch Herrn Dr. Hub Anfang Februar 2010 nach Rücksprache mit der Hausspitze des JuM entschieden, dass eine sogenannte Musterkollektion für die Justiz durch das LZBW hergestellt werden solle. Diese Musterkollektion, die jeweils zwei Mal für Frauen und Männer in den häufig bestellten Größen 40 oder 42 für Frauen und 52 für Männer hergestellt werden soll, wird sie dann nach Produktion frühestens ab Juni 2010 durch alle Anstalten des Landes geschickt werden. Somit wird jeder Bedienstete spätestens zu diesem Zeitpunkt die Möglichkeit erhalten, sich persönlich ein Bild von der neuen Uniform zu machen

- Musterkollektion beispielhaft:
- Cargohose in Sommer- und Winterqualität
- Diensthemd in Sommer- und Winterqualität (100 % Baumwolle)
- Štrickjacke
- Windjacke (Blouson)
- Anorak (in Outdoorqualität)
- Tuchhose und Tuchjacke
- Schirmmütze

Über die **BSBD**-Fachgruppenvertreter des AVD ist in allen Anstalten des Landes bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine umfangreiche Liste mit Anregungen und Vorschlägen aus dem Kreis der Kolleginnen und Kollegen zusammengetragen worden (z.B. Poloshirt, Hemden aus 100% BW, Cargohose mit extra Taschen, verbesserter Schnitt der Damenartikel, Onlineshop, Erstellen einer Kleidertragevorschrift, Bekleidungsgeld für Kollegen aus den Bereichen Freigang und Werkdienst). Diese erste Liste mit Anregungen wurde nach Abstimmung mit dem Landesvorstand an Herrn **Dr. Hub** weitergeleitet.

Die Entscheidungen zur Finanzierung und auch zum Zeitpunkt der Einführung der blauen Uniform sind noch nicht abschließend gefallen. Also können leider keine "Ratschläge" in Bezug auf das derzeitige Einkaufs- und Bestellverhalten der Kolleginnen und Kollegen gegeben wer-

- **Hinweis:** Derzeit kann das Kleidergeld mit maximal drei Jahresbeträgen angespart werden. (257.- x drei Jahre = 771
- Unser stelly. **BSBD**-Landesvorsitzende Georg Konrath hat jedoch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Justizministerium bereits beantragt, den Ansparbetrag im Hinblick auf die bevorstehende Einfüh-

rung der neuen blauen Uniform ohne Limit zu erhöhen.

Sollten sich im Rahmen der Ansicht der Musterkollektionen in den Anstalten weitere Anregungen ergeben, wird selbstverständlich nochmals die Möglichkeit geschaffen werden, sich an die Arbeitsgruppe "Blau" zu wenden.

Im Zuge der Einführung der "Blauen Uniform" wird sich auch die grundsätzliche Frage stellen, ob es auch zukünftig "Dienstgradabzeichen" als festen Bestandteil der Uniform geben soll. Auch hier wollen wir den Entscheidungsträgern im Justizministerium schon frühzeitig ein Meinungsbild aus unserem Mitgliederbereich zukommen lassen.

Wir als Landesvorstand haben daher unter

BSBD.Dienstgradabzeichen@online.ms

eine Email-Adresse eingerichtet. Hier kann bis 30.04.2010 per Email abgestimmt werden, ob die Kollegin oder der Kollege sich FÜR oder GEGEN Dienstgradabzeichen aussprechen.

Wir hoffen auf eine sehr rege Beteiligung, denn es war keineswegs selbstverständlich, dass es uns als gewerkschaftliche Vertretung **BSBD** ermöglicht wurde, schon so früh konstruktiv und im Sinne unserer Mitglieder in diesen wichtigen Prozess mit eingebunden zu werden.

Ebenso hoffen wir, dass mit dieser Zusammenfassung einige Fragen der Kolleginnen und Kollegen zum Thema "Einführung der blauen Uniform" beantwortet werden konnten. asm/wok

Praxisorientierter Selbstverteidigungskurs in der JVA Schwäbisch Hall mit Paul Soos



Am 06.02.2010 wurde im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung in der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall ein Selbstverteidigungsseminar für Bedienstete abgehalten. Als Instruktor konnte Herr Paul Soos (Alpha System) gewonnen werden, welcher den Teilnehmern fachspezifische Kenntnisse und Fertigkeiten in den Bereichen Eigensicherung, waffenlose Selbstverteidigung sowie Zugriffstaktiken in einsatztypischen Situationen theoretisch und praktisch vermittelte. Die 25 Kolleginnen und Kollegen waren sich einig, dass diese Fortbildungsveranstaltung ein voller Erfolg war und dass das Erlernte nicht nur im Dienst angewendet werden kann, sondern auch im Privat-Thomas Rohrweck / Peter Traub